

Wirtschafts- und
Energiewende anpacken:

**WIR KÖNNEN
EFFIZIENT**

POLICY BRIEF #8

Deutschlands Wirtschaft steht unter Druck, Kosten und Sorgen wachsen. Unser Wohlstand, der soziale Frieden und das Klima sind in Gefahr. Populisten nutzen das aus, machen Deutschland schlecht und greifen bewährte Standards und Errungenschaften an.

Dabei liegt Deutschlands Stärke in Effizienzgeist, Innovationskraft und fast einer Million Beschäftigten in der Energieeffizienzbranche – in Industrie, Mittelstand und Handwerk. Sie brauchen jetzt klare und stabile Rahmenbedingungen. So kann es in der nächsten Legislaturperiode gelingen, heimische Wertschöpfung und Aufschwung für alle zu schaffen und die Energiewende bezahlbar zu halten.

Wir würden uns freuen, wenn diese Anregungen auf Ihr Interesse stoßen und stehen für einen Austausch hierzu jederzeit zur Verfügung.

Ihr Christian Noll

Geschäftsführender Vorstand

+49 (0) 179 14 95 764

christian.noll@deneff.org



Parteiprogramme: Das könnten Koalitionsprojekte sein!

Aus der Kreuzanalyse der Wahlprogramme (siehe Rückseite) der größten demokratischen Parteien, ergeben sich wichtige Schnittmengen, die wichtige Projekte für die Wirtschafts- und Energiewende ermöglichen können:



Schulen sanieren: Ein leistungsfähiger Staat zeigt, wie's geht



Gebäudesanierung fördern: Es geht um Stabilität und Förderstrategien



„Heizungsgesetz“ und GEG: Wie gelingt eine planvolle Weiterentwicklung?



Schnellere Abschreibungen: Der große Konsens – aber Fokus entscheidet



Strompreisentlastungen: Kosten senken, Effizienzreize erhalten



Klimaschutz vor Ort: Die Wärmeplanung vor Ort partnerschaftlich umsetzen



Bürokratieabbau und Standards: Sinnvoll und zielführend besser werden.



Fachkräfte: Erfolgskritisch für alle Sektoren

Das sind konkrete Koalitionsprojekte



Projekt: Schulen sanieren – Ein leistungsfähiger Staat zeigt wie's geht

Nichts demonstriert sichtbarer einen handlungsfähigen Staat als die Modernisierung öffentlicher Gebäude. Das schafft gute Lern- und Arbeitsbedingungen, regionale Wertschöpfung, Keimzellen für klimaneutrale Quartiere und eine Vorbildwirkung für die Bevölkerung.

Für ein 100-Tage-Programm: Wettbewerb mit 100 Projektschulen, die besonders begleitet werden mit Expertise, Aufmerksamkeit und Förderung.



Fakten

Die KfW geht von einem Investitionsrückstand von rund 50 Mrd. Euro in deutschen Schulen aus. Das sind unverzichtbare Investitionen in die Zukunft junger Menschen und gegen die Verwahrlosung öffentlicher Orte.

Projekt: Gebäudesanierung strategisch und effizient fördern

Viele Gebäude in unserem Land brauchen ein Update. Langfristig über CO₂-Preise und Haushalt abgesicherte, unbürokratische Fördermöglichkeiten machen Lust, energetisch zu modernisieren. Die bessere Nutzung bestehender Anlässe wie Eigentumserwerb oder Erbschaften und die gezieltere Unterstützung junger Familien und einkommensschwache Haushalte durch Social Contracting und Heizungsleasing erhöht Akzeptanz und Fördereffizienz.

Für ein 100-Tage-Programm: Absicherung der bestehenden Energieeffizienzprogramme für 2025 und eine überjährige Förderstrategie.

Fakten

Rund 600.000 Beschäftigte arbeiten im Bereich der Gebäudesanierung und erwirtschaften 2% des BIP (UBA). Beides ist akut gefährdet, wenn der Konjunkturmotor Sanierung nicht bald wieder anspringt.



Projekt: Gebäudeenergiegesetz praxisingerecht weiterentwickeln

Menschen und Markt sind durch das ständige Hin und Her um das „Heizungsgesetz“ verunsichert. Das Gebäudeenergiegesetz wird deshalb nach einer Konsultation zukunftssicher weiterentwickelt. Erfüllungsoptionen werden besser, zielsicher und EU-rechtskonform zusammengeführt.

Für ein 100-Tage-Programm: Konsultation für eine planvolle und praxisingerechte Weiterentwicklung des GEG.



Fakten

Die Verunsicherung führte bei namhaften Herstellern zu Kurzarbeit und Werksschließungen. Der Heizungsabsatz halbierte sich, die Sanierungsrate ist mit deutlich unter 1% auf einem Tiefpunkt.

Projekt: Turboabschreibungen für Klimaschutzinvestitionen

Attraktivere Abschreibungen für Effizienz-Investitionen entlasten (in Ergänzung zu klassischer Förderung) alle Wirtschaftsbranchen und senken Energiekosten, ohne den Bundeshaushalt stark zu belasten. Damit kein Attentismus entsteht, müssen sie rückwirkend ab Januar 2025 gelten.

Für ein 100-Tage-Programm: Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes setzt die Turbo-AfA rückwirkend zum Jahresbeginn in Kraft.

Fakten

Beschleunigte steuerliche Abschreibungen können zu einem BIP-Zuwachs von 3% führen (Ifo). Besonders KMU verschaffen sie Liquiditätsvorteile.





Projekt: Strompreise effizient entlasten (quid pro quo)

Stromkosten gezielt zu senken hilft der Wärmewende, auch in der Industrie. Indem solche Entlastungen mit Effizianzanreizen verknüpft werden, sinken die Systemkosten und die Netze werden in kritischen Lastzeiten entlastet.

Für ein 100-Tage-Programm: Prüfauftrag für eine effiziente Strompreisentlastung.



Fakten

Jeder Euro Energieeinsparung entlastet auch das Energiesystem. Das senkt die Energiepreise für alle und spart so einen weiteren Euro (Ecofys).

Projekt: Klimaschutz vor Ort partnerschaftlich und leistungsfähig umsetzen

Wärmepläne sind gut, Umsetzung ist besser. In Wärmepartnerschaften mit professionellen Energiedienstleistern, Kommunen, Wirtschaft und Eigentümern können gemeinsam effiziente Lösungen umgesetzt und dafür Know-how und privates Kapital mobilisiert werden.

Für ein 100-Tage-Programm: Strategie „Wärmepartnerschaften“.

Fakten

16 % des Endenergieverbrauch bzw. 35 Mrd. € Energiekosten im Jahr können eingespart werden durch den Abbau regulatorischer Hürden für Energiedienstleister (BfEE).



Projekt: Entbürokratisierungsfahrplan

Klare Leitplanken schaffen Sicherheit und schützen vor Fehlinvestitionen. Übermäßige Regulierung muss identifiziert werden aber bewährte Standards für Umwelt- und Verbraucherschutz gehalten werden. EU-Recht muss glaubwürdig umgesetzt, Strafzahlungen vermieden und Nachhaltigkeits-Berichterstattung praxistauglicher gemacht werden.

Für ein 100-Tage-Programm: Bestandsaufnahme: Wo schießt Deutschland wirklich über das Ziel hinaus? Wo müssen wir besser werden?



Fakten

Standards wirken! Der Stromverbrauch der Haushalte sank um 7 %, Gebäude verbrauchen 15 % weniger Energie, die Energieproduktivität der Wirtschaft stieg um 16 % (DENEFF).

Projekt: Fachkräfte- und Produktivitätsoffensive

Fachkräftemangel betrifft alle Branchen, auch die Energiewende. Eine gezielte Fachkräftestrategie fördert Qualifizierung, Weiterbildung und Integration. Digitalisierung und Innovationen zur Steigerung der Produktivität nutzen vorhandene Kapazitäten effizienter – bei der Gebäudesanierung u.v.a. Stellen.

Für ein 100-Tage-Programm: Fachkräfte- und Produktivitätsgipfel Energiewende.

Fakten

Fachkräftemangel ist real, aber adressierbar. Digitalisierung kann Fachkräftebedarf reduzieren (Vodafone Institut), Prozessinnovationen und neue Geschäftsmodelle können die Produktivität deutlich steigern (Agora).



Erfahren Sie hier mehr:
<https://deneff.org/politik>



Referenzen: Das steht dazu konkret in den Wahlprogrammen

Koalitionsprojekte/ Fundstellen	Im CDU/CSU-Programm bzw. CSU-Agenda	Im SPD-Programm	Im Programm der Grünen
Schulen sanieren	Handlungsfähiger Staat	Für Neubauten und Sanierungen von Schulen und Kitas bestmögliche Standards; mehr Anreize für Träger	Deutschlandfonds für die Sanierung von Kitas, Schulen und Hochschulen
Gebäudesanierung fördern	Verlässliche Förderung; Sanierung von der Erbschaftsteuer abzugsfähig; Handwerkerbonus zum Energiebonus entwickeln	Förderprogramme verlässlich anbieten; soziales Wärmepumpen-Leasing für ärmere Haushalte; „Jung kauft Alt“ verstetigen und ausbauen;	GEG-Förderung ausbauen; Wärmepumpen-Contracting; Effizienz in den Mittelpunkt der Förderung
„Heizungsgesetz“ und GEG	Abschaffung Heizungsgesetz; keine baukostensteigernden Standards; EH 55-Standard beibehalten und fördern	Planungssicherheit; Beschlossene Gesetze umsetzen; Baukosten senken; Vorreiterrolle	Planungssicherheit mit bestehendem GEG; klimaverträgliches Sanieren senkt Wohnkosten
Schnellere Abschreibungen	AfA-Tabelle aktualisieren; Turboabschreibungen	10% Direktabschreibung für Investitionen in Maschinen und Geräte	Befristete Investitionsprämie von 10% (Steuerschuld)
Strompreis-entlastungen	Stromsteuer und Netzentgelte senken; gleichzeitig ist Energieeffizienz wichtig	Netzentgelte stabilisieren / deckeln; Stromsteuer senken und Strom-Spar-Checks	Stromsteuer senken; gleichzeitig intelligente Anreize zum Stromsparen; verstärkt Energieeffizienz unterstützen
Klimaschutz vor Ort/Wärmeplanung umsetzen	„Klimaschutz wird vor Ort gemacht“	Klimaneutrale Wärmenetze für Stadtteile; Deutschlandfonds, um Kapital zu mobilisieren	Wärmenetze zur klimafreundlichen Versorgung; BEW verlängern; Genehmigungsprozesse optimieren; privates Kapital mobilisieren
Bürokratieabbau und Standards	Entrümpelungsgesetze; „Anti-Gold-Plating Gesetz“	Unterstützung EU Green Deal; Planungssicherheit; Bürokratieabbau ohne ökologischen Wandel zu gefährden	Abbau bürokratischer Hürden ohne Abbau von Schutzstandards; gegen Abschwächung Green Deal und „Fit for 55“
Fachkräfte	Fachkräfte benötigt; insbesondere im Handwerk	Fachkräfte benötigt	Fachkräfte für Modernisierung und Entwicklung – auch im Handwerk

1. Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden

Union: „Unser Ziel ist ein Staat, der wieder handlungsfähiger und schneller wird.“ (S. 77)

SPD: „Um auch bei den vielen anstehenden Neubauten und Sanierungen bestmögliche Standards für zeitgemäße Kita und Schulgebäude zu erfüllen, wollen wir deshalb mehr Anreize für Träger schaffen.“ (S. 13)

Grüne: Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten. Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen pünktlich an ihr Ziel bringen, die Kitas, Schulen und Hochschulen sanieren [...]“ (S. 36)

2. Förderung von Gebäudeeffizienz

Union: „Die bestehenden Förderprogramme [...] richten wir neu aus, indem wir die Einkommensgrenzen anheben und den Kauf von Bestandsimmobilien einbeziehen. [...] Den bestehenden Energieeffizienzstandard EH55 für Neubauten machen [wir] wieder förderfähig. [...] Wir machen Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig.“ (S. 7), „[Wir] setzen [...] auf CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, verlässliche Förderung und technologieoffene Lösungen.“ (S. 20), „Um Verbraucher und Unternehmen schnell und effizient mit einem sozialen Ausgleich zu entlasten, schaffen wir einen Klimabonus“ (S. 20)

CSU: „Weiterentwicklung des Handwerkerbonus zum Energiebonus zur besseren Berücksichtigung von energetischen Sanierungen bei der Einkommenssteuer. Absetzbarkeit der Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaftsteuer als Anreiz für schnelle und effiziente energetische Sanierung des Immobilienaltbestands.“ (S. 10)

SPD: „Geld vom Staat bekommen [...] diejenigen, die sich den Umstieg auf [...] eine Wärmepumpe [...] ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel, wie gebraucht wird. [...] Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-Leasing).“ (S. 29), „Das Programm „Jung kauft Alt“ wollen wir verstetigen und ausbauen. [...] Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu festen Förderkonditionen für die Dauer der Legislaturperiode verlässlich angeboten werden.“ (S. 19), „Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden wir durch geeignete Maßnahmen [...] Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.“ (S. 29)

Grüne: „Wir geben mit dem bestehenden Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis zu 70 Prozent [...] die nötige Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen klimafreundlichen Heizung [...]. Die Unterstützung auf diesem Weg werden wir ausbauen. Wir wollen Stadtwerke und Firmen unterstützen, um Wärme-Contracting, etwa mit Wärmepumpen, anzubieten“ (S. 44), „Wir wollen [...] die Modernisierung leerstehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker [...] fördern.“ (S. 70), „Die Effizienz steht zukünftig stärker im Mittelpunkt einer finanziellen Förderung. Je [...] mehr Energie eingespart wird, desto höher die Förderung.“ (S. 72), „[Wir] wollen [...] klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter*innen verfügbare öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen.“ (ebd.), „Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform anerkennen.“ (ebd.).

3. Reform von Heizungsgesetz bzw. Gebäudeenergiegesetz

Union: „Das Heizungsgesetz der Ampel schaffen wir ab.“ (S. 20), „Mit uns gibt es keine neuen Standards, die Baukosten ohne nennenswerten Mehrwert erhöhen.“ (S. 71), „Den bestehenden Energieeffizienzstandard EH55 für Neubauten behalten wir bei und machen ihn wieder förderfähig“ (ebd.)

SPD: „Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land, unsere Menschen und den Standort Deutschland machen.“ (S. 33), „Baukosten müssen gesenkt und Verfahren beschleunigt werden. Unser Ziel: Der Bürokratieabbau muss fortgesetzt werden und die Bauverwaltung einen Digitalisierungsschub erhalten“ (S. 19)

Grüne: „Wir geben mit dem bestehenden Gebäudeenergiegesetz [...] die nötige Planungssicherheit für eine [...] klimafreundliche Heizung, wie der Wärmepumpe [...]“ (S. 44), „Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß zurückführen.“ (S. 71), „Klimaverträgliches Bauen und Sanieren [...] reduziert auch zukünftige Wohnkosten.“ (S. 72)

4. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten

Union: [Wir] fassen [...] die AfA-Tabellen neu und aktualisieren die Abschreibungsdauern. Unser Ziel sind digitalisierte Tabellen mit den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern. Wir wollen Turboabschreibungen für einen schnellen Wachstumsimpuls.“ (S. 14)

SPD: „Jede Betriebs- bzw. Unternehmensinvestition in Maschinen und Geräte (aus den sogenannten Ausrüstungsinvestitionen) soll mit 10 Prozent der Anschaffungssumme direkt und unkompliziert über eine Steuererstattung gefördert werden.“ (S. 6)

Grüne: „[Wir] führen [...] eine auf fünf Jahre befristete [...] Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der Steuerschuld [...] verrechnet [oder] ausgezahlt.“ (S. 18)

5. Strompreisentlastungen (Netzentgelte, Stromsteuer)

Union: „Energie muss bezahlbar, sicher und sauber sein. Alle Kostenträger müssen auf den Prüfstand, gleichzeitig ist Energieeffizienz wichtig.“ (S. 19), „Wir senken die Stromsteuer für alle und reduzieren die Netzentgelte.“ (S. 20)

SPD: „[Der] konsequente Ausbau und die Einbindung von Speichern macht unsere Energieversorgung sicher und dauerhaft bezahlbar. [...] Bis es soweit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des Strom-Spar-Checks für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen.“ (S. 29), „Wir werden die Entgelte für das Übertragungsnetz [...] zunächst stabilisieren, dann schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln [...]“ (S. 4f), „Wir werden außerdem die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß entfristen.“ (S. 5)

Grüne: „Langfristige Sicherheit für Investitionen in Kraftwerke, zum Beispiel im Rahmen von Kapazitätsmärkten, müssen mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum effizienten Stromverbrauch einhergehen“ (S. 42), „[Wir] übernehmen [...] die Netzentgelte für die überregionalen Stromleitungen [...] und senken die Stromsteuer auf das europäische Minimum. Wir werden verstärkt Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unterstützen.“ (S. 17)

6. Klimaschutz vor Ort – Wärmeplanung

Union: „Klimaschutz wird vor Ort gemacht.“ (S. 22)

SPD: „Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird [...]“ (S. 29), „Wir schaffen einen Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei Strom- und Wärmenetzen, [...]“ (S. 6)

Grüne: „Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und bezahlbarer Wärme für alle. Vor allem in dicht besiedelten Gebieten und als Teil integrierter Energiesysteme in ländlichen Gemeinden an geeigneten Standorten können [...] [Wärmenetze] dazu beitragen, viele Häuser gleichzeitig mit klimafreundlicher Wärme zu versorgen. Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen wollen wir mit der Verlängerung und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern [und] Genehmigungsprozesse optimieren [...]. Außerdem werden wir privates Kapital für den Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften senken.“ (S. 44)

7. Bürokratieabbau und gleichzeitig wichtige Standards halten

Union: Wir beschließen Jahresgesetze zum Bürokratieabbau als echte Entrümpelungsgesetze und stärken die Bürokratiebremse („One in, two out“). [...] In Europa wollen wir Belastungen einen Riegel vorschieben, etwa der [...] Taxonomie oder der Nachhaltigkeitsberichterstattung [...]“. „Mit einem [...] „Anti-Gold-Plating-Gesetz“ [nehmen wir Regelungen zurück, die über europäisches Recht hinausgehen, und unterbinden künftig jegliche Übererfüllung. (S. 15)

SPD: „Beim Bürokratieabbau achten wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen Wandels nicht gefährdet werden.“ (S. 7), „Wir unterstützen den europäischen Green Deal [...]. Eine Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen.“ (S. 29)

Grüne: „[Es] werden Sektor für Sektor die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische Schutzstandards abzubauen“ (S. 10), „Wir stellen uns der Abschwächung des Green Deal und des „Fit for 55“-Pakets mit seinen Gesetzen entgegen und wollen, dass sie europaweit konsequent und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden.“ (S. 38)

8. Fachkräfte

Union: „Gerade im Handwerk braucht Deutschland Fachkräfte“ (S. 67)

SPD: An vielen Stellen unserer Wirtschaft wird der Fachkräftemangel derzeit deutlich. Wir müssen [...] Potenziale [...] haben [...] [und] benötigen [...] Hunderttausend Fachkräfte pro Jahr [...]“ (S. 10)

Grüne: „Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften ist eine der größten Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung Deutschlands. Ob Handwerk, Gastronomie oder große Konzerne – alle sind betroffen.“ (S. 20)